

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Er scheint wöchentlich je einmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Bf. (eigene Post). — Fürs Ausland unter Streifen 1.50 (inkl. Post). — Preis der
Eingelieferung 10 Bf. — Postkonten Hannover 67 677.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 10 Bf. —
Reklame 20 Bf. — Beilagen unter 25 s je laufend 15 Bf. —
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. — Postkonten
Hannover 67 677.

Nr. 72.

Bielefeld-Bethel (Verlagssort Bielefeld), Freitag, den 27. März 1931.

13. Jahrgang.

Der Eine fragt: Was kommt danach?
Der Andre fragt nur: Ist es recht?
Und also unterscheiden sich
Der Freie von dem Knecht.

Sturm.

Neues zur Siedlungsfrage.

Der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger gab am Dienstag den Vertretern der deutschen Presse Auskunft über die in seinem Ressort geleistete Arbeit. Einen breiten Raum nahm hierbei der Stand der Siedlung in Preußen ein. Im Rechnungsjahr 1930 sind etwa 7200 Siedler neu angefaßt worden. Der geistige Vater des deutschen Siedlungswerks, Professor Dr. Sering, hatte seinerzeit eine Zahl von 10 000 neuen Siedlungsstellen im Jahre als das zu erstrebende Ziel bezeichnet. Es ist bemerkenswert, daß in der Zeit von 1925 (mit 1500 neuen Siedlerstellen) bis 1930 (mit 7200 neuen Stellen) dieses Ziel zu drei Vierteln erreicht werden konnte. Wenn wir erwarten dürfen, daß die Kapitalbeschaffung in den folgenden Jahren leichter und billiger möglich sein wird, so kann man hoffen, daß die Schaffung neuer kleinbäuerlicher Stellen an der national bedrohten deutschen Ostgrenze in nicht zu ferner Zeit das notwendige Tempo erreichen wird. Voraussetzung bleibt aber unter allen Umständen, daß nicht durch wirtschaftliche Zusammenbrüche mehr Land in fremde Hände übergeht, als durch neugeschaffene Siedlerstellen in nationale Bewirtschaftung gelangt.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat den richtigen Grundsatz ausgesprochen, daß den neuen Siedlern nach Möglichkeit erspart werden muß, teures Lehrgeld zu zahlen. Darum ist die Siedlerberatung eine besonders schwierige und verantwortliche Angelegenheit. Die neugeschaffenen Bauernstellen betragen im Durchschnitt 15 Hektar. Sie reichen unter leidlich normalen Verhältnissen aus, um eine Siedlerfamilie zu ernähren. Als besonders wichtig hat es sich herausgestellt, daß die auf den Siedlerstellen zu errichtenden Bauten so billig wie möglich durchgeführt werden. Hier hat man sich mit Erfolg die Fortschritte im Bauwesen zunutze gemacht. Während früher die durchschnittlichen Kosten der Gebäude auf einer Siedlerstelle 20 000 Mark ausmachten, hat man diesen Satz auf wenig über 10 000 Mark herabzudrücken vermocht. In manchen Gegenden kommt man sogar mit einem Geldeaufwand von nur 7 000 Mark aus. Was es bedeutet, wenn dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb jährliche Barunkosten (Verzinsung und Tilgung der Bauforderungen) in Höhe von 500 bis 800 Mark erspart werden können, bedarf keiner Bekräftigung.

Trotz der überaus ungünstigen Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft besteht eine rege Nachfrage nach Siedlerstellen. Allerdings bringen bei weitem nicht alle Siedlungsanwärter das nachzuweisende Eigenkapital von durchschnittlich 4 000 Mark mit. Durch die Not der landwirtschaftlichen Großbetriebe sind in den östlichen Provinzen in den letzten Jahren Tausende deutscher Landarbeiter beschäftigungslos geworden. Diese Landarbeiter stellen ihrer Eignung nach ein hervorragendes Siedlermaterial dar; dagegen verfügen sie mit ganz geringen Ausnahmen nicht über Eigenkapital. Das preußische Landwirtschaftsministerium bietet alles auf, um solche Landarbeiter auch ohne Eigenkapital anzusehen und sie dadurch dem flachen Lande zu erhalten. Wenn festgestellt worden ist, daß fast zwei Fünftel aller in den letzten Jahren neu angefaßten Siedler ehemalige Landarbeiter sind, so kann man diesen Bemühungen des preußischen Landwirtschaftsministeriums den Erfolg nicht absprechen. Auch die Quote der zusammenbrechenden Landarbeiter-Siedlungen (1 pro mille) beweist, daß man den richtigen Weg eingeschlagen hat. Man wird aber einen Umstand als besonders günstig für die Siedlungsarbeit im laufenden Rechnungsjahr bezeichnen müssen: noch nie waren die Landgesellschaften in der Lage, guten Boden so reichlich und billig zu erwerben und den Siedlern weiterzugeben, wie in diesem Jahr der gehäufte landwirtschaftlichen Zusammenbrüche.

Dr. Eroll.

Von Desterreich gesehen.

Der Weg zur Zollunion.

Vom österreichischen Bundesminister Dr. Hans Schürff.

Der nachstehende Aufsatz des gegenwärtigen österreichischen Justizministers gibt ein Bild vom dem gefundenen Zwang zur deutsch-österreichischen Zollunion, an sich vom österreichischen Standpunkt aus gesehen, zugleich aber auch in den grundsätzlichen handelspolitischen Fragen unter bewußter Berücksichtigung der gesamtdesischen Interessen, die schließlich über das rein kommerzielle Gebiet der Wirtschaft weit hinausgreifen. Dr. Schürff kann um so eher als kompetent für die Behandlung dieser Fragen betrachtet werden, weil er in den entscheidenden letzten Jahren als österreichischer Handelsminister die Verantwortung für die Gestaltung der österreichischen Wirtschaftspolitik und der bewußten Angleichung an die Wirtschaftspolitik des Reiches getragen hat.

Das bisherige handelspolitische System Österreichs war eine Kombination zwischen Freihandel und Protektionismus. Es war ein durch die Gegenfähigkeit von Produzenten- und Konsumenteninteressen und daher auch durch die parlamentarischen handelspolitischen Gegenstände bedingtes Kompromiß. Pläne der früheren Bundesregierungen nach stärkerem Produktionschutz wurden durch Interessentenorganisationen und Parlament zunichte gemacht. Dieses System hat angesichts der allgemeinen ungünstigen Entwicklung der Weltwirtschaft und wegen der durch den Friedensvertrag geschaffenen unhaltbaren wirtschaftlichen Lage der meisten Sukzessionsstaaten des alten Österreich-Ungarn mit einem Mißerfolg geendet. Dieses System beschränkte sich letzten Endes hauptsächlich auf die Abwehr der großzügigen handelspolitischen Vernichtungspläne des Auslandes. Das hatte wohl den Erfolg, daß unter sehr großen Opfern die grundlegende handelspolitische Organisation Österreichs in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft gerettet wurde, dabei jedoch die Preisgabe unzähliger Einzelzinsen erfolgen mußte. Daher der Riesenumfang der industriellen Abrüstung Österreichs, das Sinken der Konsumkraft und die große Arbeitslosigkeit. Es ist ein geringer Trost für die Opfer dieses wirtschaftlichen Selbstverleugungskrieges, daß es ihren Konkurrenten im gegnerischen Ausland ebenso ergeht und daß beispielsweise die Verhältnisse im tschechischen „Sieger“ Staat derzeit die gleiche katastrophale Entwicklung zeigen. Schon vor Jahren wurde eine Kursänderung in der Handelspolitik und ein Verlassen des Meistbegünstigungssystems gefordert. Letzteres hat sich immer mehr und mehr als ein System der Bevorzugung und Begünstigung der großen Wirtschafts- und Zollgebiete gegenüber den kleineren entpuppt, weil die durch einen Handelsvertrag von einem kleineren Staate mit großen Opfern erkaufte Vorteile und Gegenleistungen durch einen Meistbegünstigungsvertrag des zweiten Partners mit einem dritten Vertragschließenden leicht paralytisch werden konnten. Es zeigt sich, daß der kurzfristige Meistbegünstigungsvertrag hauptsächlich wegen der staatspolitischen Versplitterung in Mittel- und Osteuropa geradezu gegen die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse wirkte und jeder neue Vertrag dieser Art neue Konfliktsstoffe schuf und die handelspolitische Lage verschärfte. Vor allem zeigte sich, daß eine wirtschaftliche Ausgleichs- und Angleichungspolitik mehrerer sich wirtschaftlich oder national nahestehender Staaten auf diesen Wegen nicht möglich ist, weil ein solcher regionaler Schutz durch Präferenzzölle und Zollunion, Kontingente und Prämien nach der bisherigen Praxis der Meistbegünstigungsvertragspolitik nicht zulässig war. Die Wiener Handelskammer kam es sich als ihr Verdienst anrechnen, mit Zustimmung der österreichischen Regierung zuerst auf der Pariser internationalen Handelskonferenz auf die Unhaltbarkeit dieser internationalen Zoll- und Handelspolitik hingewiesen und das handelspolitische Gewissen Europas aufgerüttelt zu haben. Dem früheren Bundeskanzler Dr. Schober war es vorbehalten, als erster Regierungschef beim Völkerbund in Genf die Forderung nach Durchbrechung des Meistbegünstigungssystems und nach einer Handelspolitik mit präferenter Behandlung regionaler Interessen gestellt zu haben.

Heute wird die Richtigkeit der Forderung nach einer solchen Verringerung der Handelspolitik bis in die Reihen der Balkanstaaten erkannt, weil nur auf diesem Wege für die kleineren Staaten eine großzügige, den wirtschaftlichen Produktionsprozeß dauernd sichernde Handels- und Zollpolitik ermöglicht wird. Auch nur so kann der handelspolitischen Taktik der großen Staaten „divide et impera“ zum Nutzen der kleinen und Mittelstaaten Einhalt geboten werden.

Die industriellen Produzenten haben seit Jahren die nachteiligen Folgen der wirtschaftlichen Kleinstaaterei

auf das bitterste empfunden und Abhilfe gefordert gegen die vernichtende Konkurrenz des großen Auslandes, das neben der übermächtigen Waffe des Kapitals noch das Schwert der Meistbegünstigung mit aller Brutalität zur Anwendung brachte. Zollnovellen und neue Handelsverträge vermochten diese Leiden der Wirtschaft nur zeitweise zu lindern, aber nicht zu beseitigen, denn die Meistbegünstigungsklausel ließ eine radikale Hilfsaktion nicht aufkommen. Auch private Vereinbarungen der Industrie von Land zu Land sind nur wirksam und von Dauer, solange in beiden Ländern gleichmäßige Wirtschaftsverhältnisse bestehen und keine der beiden Industrien Not leidet.

Der Hilferuf nach Verringerung dieses überlebten, die schwache Wirtschaft schwer schädigenden Systems fand in den Kreisen der Siegerstaaten erst Aufmerksamkeit und Gehör, als auch agrarische Staaten der kleinen Entente aus der Not ihrer Landwirtschaft heraus die Forderung nach einer wirtschaftlichen und regionalen Blockpolitik erhoben. Jetzt, da es sich nicht mehr bloß um einstige Feindstaaten, sondern um das Schicksal der eigenen Bundesgenossen handelt, erkennt man auch in Paris und London die Unhaltbarkeit des Dogmas der Meistbegünstigungsklausel. Das System der Präferenzzölle fand daher auch heuer in Genf endlich Anerkennung, so daß in einzelnen Vertragsverhandlungen diese Frage bereits eine sehr wichtige Rolle spielt. Neben Ein- und Ausfuhrkontingenten mit Exportprämien sollen also auch Vorzugszölle zur Sicherung der Wirtschaftsverhältnisse in Anwendung kommen.

Auch Desterreich hat an solchen Lösungen das größte Interesse, da es mit Ungarn wegen Erneuerung des Handelsvertrages bereits verhandelt. Mit der Tschechoslowakei wird ebenfalls eine handelspolitische Neuordnung gesucht werden müssen, auch wenn die Prager Außenpolitiker noch so sehr den wilden Mann spielen, denn ein auf gesunder Grundlage und für längere Dauer aufgerichteter Wirtschaftsverkehr zwischen Desterreich und der Tschechoslowakei ist für letztere mindestens ebenso wichtig und unentbehrlich wie für Desterreich. Jugoslawien, Polen und Rumänien müssen ebenfalls in diese Reformaktion einbezogen werden. Soll aber ganze Arbeit geleistet werden, dann muß auch das Verhältnis „Deutschland-Desterreich“ nach diesen neuen Grundsätzen eingerichtet werden. Hier handelt es sich um das wichtigste wirtschaftliche Problem Banen Europas. Denn ein handelspolitisch konsolidiertes Mitteleuropa ist der größte Beruhigungsfaktor und sicherste Pfeiler für die ganze europäische Wirtschaft und Politik. Die Großdeutsche Volkspartei vertritt seit jeher die Forderung nach der innigsten Verflechtung der österreichischen mit der deutschen Wirtschaft. Ihre bekannte Programmforderung nach einer deutsch-österreichischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Zollunion ist bei einigem guten Willen der Völkerbundführung unschwer zu erfüllen. Für die schwächere österreichische Industrie und Landwirtschaft könnte während der Uebergangsperiode der notwendige Schutz durch Zwischen- und Uebergangszölle leicht geschaffen werden. Von dieser grundlegenden Forderung kann die österreichische Wirtschaftspolitik nicht mehr abgehen, da die im Friedensvertrage zugesicherte präferente Berücksichtigung der österreichischen Wirtschaftsinteressen durch die Nachfolgestaaten niemals eingehalten wurde. Desterreich muß aus seiner wirtschaftlichen und handelspolitischen Isolierung heraus, denn diese hat die österreichische Wirtschaft nur zum Spielball der handelspolitischen Launen der anderen Staaten gemacht. Ein solcher Zustand ist untragbar und unwürdig. Unser Appell nach Neuordnung vor allem der wirtschaftlichen Lage Mitteleuropas richtet sich an die Einsicht ganz Europas, das im ureigenen Interesse dem sich revolutionär auswirkenden Zerbröckelungsprozeß in Mitteleuropa nicht ruhig zusehen darf.

Verfallerscheinungen im deutschen Zeitungswesen.

In dem Artikel (Nr. 47), der sich mit dem beklagenswerten Tiefstande des deutschen Zeitungswesens beschäftigt und auf die Tagespresse als den Faktor hinweist, der nicht nur als Gradmesser des allgemeinen Kulturaberganges anzusehen ist, sondern an diesem Niedergang ein vollgerütteltes Maß von Schuld trägt, werden vor allem die Ursachen dieser unheilvollen Erscheinung beleuchtet: die parteipolitische Einstellung der einzelnen Zeitungen, die ein für alle Male feststeht und eine Beeinflussung durch noch so schlagende Gründe unmöglich macht, die absolute Geschlossenheit des Mitarbeiterkrei-

tes, das Arbeiten mit Schlagworten, das die Fähigkeit zu eigenem Nachdenken nach und nach ertötet, die infolge davon geringen Anforderungen an die sittlichen, geistlichen, schriftstellerischen Fähigkeiten der Mitarbeiter, die Unlauterkeit des Geschäftsbetriebes. Ist nun der verhängnisvolle Einfluß einer Macht, die sich täglich an der breitesten Öffentlichkeit erproben kann, in unserer Zeit der höchsten politischen Erregung auf diesem — politischen — Gebiet ganz außerordentlich groß, so macht er sich nicht minder fühlbar an anderer Stelle: in dem feuilletonistischen Teil der Zeitung.

Hier erstreckt sich die verheerende Wirkung auf viel weitere Kreise. Jedermann sucht heute in und nach anstrengender Tagesarbeit Entspannung und Auflockerung und greift zum „Unterhaltungsblatt“, zur „Plauderrede“, zu „Unterhaltung und Wissen“, „Musikstunden“, „Am stillen Herd“ und wie die Beilagen dieser Art sonst noch heißen. Auch wer selbst in unseren schicksalsschweren Tagen noch immer nicht die werdende Geschichte unseres Volkes, Politik genannt, verfolgt, will „die Zeitung lesen“, das heißt, das verschlingen, was in der Unterhaltungsbeilage oder unter dem Strich steht. Für ungeschulte und urteilslose Leser bedeutet das in vielen Fällen nichts anderes als Gift einsaugen; aber auch bei reifen Menschen tritt die betäubende Tatsache in die Erscheinung, daß sie mit der Zeit gegen das Schlimme abtölpeln, daß ihr Geschmack eine unerfreuliche Vergröberung erleidet und sie die geistige Nahrung, die man ihnen vorsetzt, „gar nicht so schlimm“ finden, „wie man sie macht“. Das gilt für das Urteil sowohl im ethischen wie im ästhetischen Sinne. Und da die Zeitung nicht allein arbeitet, sondern Kino, Theater, Straße, Kneipe, an demselben Strang ziehen, so ist der Erfolg um so sicherer, besonders, weil das Gift nicht als Gift gekennzeichnet, sondern im Gegenteil in äußerst verführerischen Hüllen verpackt und mit den verlockendsten Namen bezeichnet wird. Denn die hohen Worte, mit denen wir sonst einen edlen, erhebenden Sinn verbanden, werden ihrer eigentlichen Bedeutung entkleidet und auf Dinge angewandt, die oft ihr genaues Gegenteil sind — was wird z. B. alles mit dem Wort „Körperkultur“ gedeckt!

Unter den verschiedenen Abteilungen des Unterhaltungsblattes nehmen der Roman, die lustige Ecke, die Kurzgeschichte und die „belehrende“ Seite den ersten Platz ein. In dieser letzten Gruppe kann man eine „Ehrenrettung der Gräfin Dubarry“ finden, auch eine Folge von „Skandalaffären aus der Zeit Kaiser Wilhelms II.“, längst vergessene Prozesse abstoßendster Art, Dinge, für deren Ausgrabung man die Mühe, zu belehren, beim besten Willen nicht annehmen kann. Nur die vollkommenste Gleichgültigkeit gegen den entsetzlichen Einfluß dieser aufsteigenden Darstellungen und politischen Nebenabsichten können solche Veröffentlichungen erklären.

Den Roman kann man oft aus einer einzigen Fortsetzung kennen lernen: die Lüsterheit, die selbstverständliche Verachtung aller Zucht, die Frivolität des ganzen Inhalts, das Raffinement der Darstellung, die die unfruchtlichen Verhältnisse, die pervertierten Charaktere mit einem Glorienschein umgibt und für das Ganze auf die Sensationslust und ein weiches, urteilsloses Mittel der Leser rechnet.

Mit dem Roman wetzert die Skizze, die Kurzgeschichte auf wenigen Spalten um die Gunst des Lesers.

Das Rundschreiben des Papstes Pius XI.

vom 31. 12. 1930 über die Ehe (Casi connubii).

(Schluß.)

Und nun eine letzte Frage: Was sagt uns das päpstliche Rundschreiben über unsere evangelische Kirche? Daß sie auch hervortreten soll! Einmal ist es schon geschehen. Am 12. März 1930 sprach die Generalversammlung der obersten Vertretung der Evangelischen Landeskirchen der altpreußischen Union, ihre Beforgnis über die Zerkleinerung des ehelichen Lebens, ihr Mitgefühl mit den Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art auf diesem Gebiet, ihr entschiedenes Eintreten für die unverbrüchliche Heiligkeit der Ehe und zuletzt ihre Mahnung an alle Glieder der Evangelischen Kirche zu vorbildlichem ehelichen Leben, Freundschaft zum Kinde und unzerstörbarem Familiensinn aus. Ernste Besinnung und feste Überzeugung fanden eine deutliche Sprache, aber es war schon bezeichnend, daß diese vier Sätze nicht als eine Rundgebung, sondern als ein „Beschluss“ in die Öffentlichkeit kamen, die denn auch völlig still blieb. Sie sind im Blättertum verweht. Uns aber faßt ein gewisser Reiz, wenn wir auf die Rundgebung sehen, die im Juli und August 1930 stattgehabte „Lambeth“-Konferenz der ungefähr 400 Bischöfe der anglikanischen Kirche hat ausgeben lassen und die von den deutschen Blättern in ganz großer Aufmerksamkeit mit spaltenlangen Ausführungen als „Führung mit der Zeit“ und Zeichen einer fortschrittlichen Gesinnung in der englischen Kirche gepriesen und gegen die deutschen Kirchen des Evangeliums ausgespielt wurde. Was besagten sie? Die Ehe unauf löslich, „schlage sie zum Guten oder Bösen aus“; das ganze Gebiet des Geschlechtlichen edel und schöpferisch, weil von Gott gegeben, und eben deshalb nur in der Liebe zum Schöpfer zu befruchten; Trauung eines Geschiedenen unmöglich, solange der andere geschiedene Ehepartner noch lebe; die Gesamthaltung der Kirche gegenüber den Sexualfragen bestimmt durch das allgemeine große Ziel der Kirche, die Veröhnung mit Gott und die Erlösung von allen Sünden. Die ungeordnete Verbindung Unverheirateter kennzeichnet die Rundgebung als „schwere Sünde“ und verlangt als Kampfmittel gegen dieselbe die Einschränkung der Verhütungsmittel. Um eine bessere Zeit heraufzuführen, wird einerseits die jehuelle Unterweisung der Kinder durch die Eltern in Einsicht und Schönheit gewünscht, ehe die geschlechtlichen Regun-

Sie muß vor allem „pikant“ sein. Hier wie dort handelt es sich fast immer um das Verhältnis von Mann und Frau, des illegalen, wohlgehehrt. Wo Blinde in eine Ehe getan werden, da ist es natürlich eine zerrüttete, was „natürlich“ das Recht verleiht, sich wenigstens durch einen „unschuldigen“ Flirt schadlos zu halten.

Von Wit und Humor ist in der „lustigen Ecke“ gewöhnlich leider recht wenig anzutreffen, so daß man zu einem erquickenden Lachen nicht kommen kann. Gewitzelt wird über alles, über Ehrlichkeit, Treue, Wahrhaftigkeit, über den Ernst, mit dem man bei einer Sache ist, und über die ernstesten Dinge selbst. Und zwar nicht nur in der Witzecke. Es gilt überhaupt, über ernsthafte und tiefe Fragen im leichten Plauderton dahinzugleiten, allerlei „geistreiche“ Abgeschmacktheiten zu äußern, alle Abwege von den altmodischen, philisterhaften Normen interessant und fortwährend zu finden. Das Amoralische wird zum Trumpf erhoben; wenn man sich mit Lügen herausreden kann, so tut man es selbstverständlich. Neuhäre Vorzüge allein sind schätzenswert; daher nehmen auch die Berichte über Weltmeisterschaften und Schönheitskonkurrenzen einen breiten Raum sogar im Hauptblatt ein. So wird ein falsches Weltbild vermittelt, in dem die wesentlichen Züge fehlen, in denen das Gute gering bewertet wird und kein Glaube an die Quellen herrscht, die klar und laut strömen.

Um wieviele Zeitungen handelt es sich dabei? Um so viele, daß ihr niederreichender Einfluß sich je länger, je mehr fühlbar macht und zwar um so stärker, als für viele die Zeitung den einzigen Lesestoff bildet und also unbehindert ihre Wirkung ausüben kann.

In der Zeit des tiefsten Darniederliegens, wo der Wiederaufbau eines großen und starken Reiches im Geiste und der Kraft des Christentums aller Deutschen Herz und Willen erfüllen muß, hat die Presse bei ihrer heutigen Macht die größte und verantwortungsvollste Aufgabe. Aber das nimmt dem Einzelnen nichts von der Verantwortung und Pflicht, die auf eines jeden Schulter ruht. Wenn bei allen minderwertigen Darbietungen die Zeitungen sich auf die Wünsche des Leserkreises berufen können, so daß das Sinken des Niveaus gewissermaßen in Wechselwirkung geschieht, so möge die Liebe zum Vaterlande und das Verantwortungsgefühl des Lesers diese Wechselwirkung in umgekehrtem Sinne hervorrufen zu aller Ruh und Frommen. Denn es geht um Deutschland. M. Schröder.

Krisenwinter überwunden.

Von Geheimrat Dr. Duisberg, Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Anlässlich der Tagung des Bayerischen Industriellenverbandes sprach Geheimrat Dr. Duisberg über die Überwindung der Krise. Er führte aus:

Mit äußerster Kraftanstrengung der Nation und unter schwersten Opfern ist es gottlob gelungen, den katastrophalen Krisenwinter 1930/31 zu überwinden. Wie in der Natur der ersten Knospen den Frühling kündend, so scheinen auch in unserer deutschen Wirtschaft vereinzelte Anzeichen die baldige Sprengung des lähmenden Druckes der Krise eröffnen zu lassen.

Ich denke an den Höchststand der Arbeitslosigkeit, der jetzt, so hoffen wir, überwunden ist. Der Handel

gen in dem Inneren des Kindes erwachen, andererseits eine planvolle Erziehung der Erzieher und eine tüchtige Einführung der Geistlichen in die Moraltheologie, wofür auch die nötigen Mittel bereit gestellt werden müssen. Sehr schön bestätigt die Bischofs-Konferenz betreffend das eheliche Leben, die Pflicht der Elternschaft als die Krönung (glory) desselben; den Segen der Familie als eine Freude in sich selbst — als einen lebendigen Beitrag zur Wohlfahrt der Nation und als ein Mittel zur Charakterbildung von Eltern und Kindern; das Vorrecht der Zucht und des Opfers zu diesem Zweck.“ In Ausführung dieser letzten Worte geleitet sie die Eheleute in feilsorgerlichem Mitgefühl in solche Stunden, in denen es ihnen eine klar empfundene sittliche Verpflichtung wird, die Elternschaft zu beschränken. Hier wird die Forderung ausgesprochen, daß alles auf diesem wie auf jedem anderen Gebiet nur nach christlichen Grundsätzen entschieden werden muß, und deshalb die Folgerung gezogen, daß alle Empfängnisverhütung aus Gründen der Selbstsucht, Genußsucht oder bloßen Bequemlichkeit scharf verurteilt wird. Auch wenn andere Methoden als Enthaltung zur Vermeidung neuer Elternschaft angewandt werden, so muß vorausgesetzt werden, „daß dies im Licht derselben christlichen Grundsätze geschieht“. Es ist ersichtlich, daß die Bischofskonferenz mit diesen letzten Sätzen in den Streit der Meinungen hineingetreten ist und den Versuch gemacht hat, der Ehenot abzuhelfen. Und sie hat sich nicht gescheut, dadurch den Vorwurf der Abweichung von der christlichen Lehre auf sich zu ziehen, wie ihn auch Pius XI. in seinem Rundschreiben (Seite 33) ziemlich unverhüllt gegen sie erhebt. Aber andererseits ist entgegen dem Triumphgeschrei eines Teils der deutschen Presse, als ob die Konferenz ihre, der Presse, Sitten- und Ehepolitik ohne Halt und Schranke deckte, festzustellen, daß man in Lambeth die in Jesu Worten gegebenen Grundfähigkeiten nicht angelastet, Gott von neuem als den einzigen Gesetzgeber angerufen und das Tun und Lassen des Einzelnen seinem christlichen Gewissen und seiner Verantwortung vor dem Ewigen übergeben hat. Auch jenem Beschluss über die Geburtenregelung ist ein Kampf der Gewissen vorausgegangen, er wurde schließlich mit 193 Stimmen gegen 67 angenommen.

Wir machen den Schluss, daß um der vielfachen Aufsehung der Lambeth-Rundgebung eine weitere Beteiligung der Kirchen, insbesondere unserer deutschen, als heikel erscheinen müsse, nicht mit. Im Gegenteil! Die

jayretet infolge der geleerten Käger wieder zu zunehmenden Bestellungen. In den Hauptländern der Rohstoffproduktion beginnt sich das Anzeichen der Rohstoffpreise wieder in Nachfragezunahme umzuwandeln. Auch die Börse hat schon in ihrer feinen Empfindsamkeit auf die ersten fühlbaren Anzeichen der kommenden Besserung reagiert. Ebenso wichtig, wie neues Wagen und neuer Mut unternehmender Menschen gerade im jetzigen Zeitpunkt ist, ebenso unerlässliche Voraussetzung für einen gesunden Konjunkturaufschwung ist eine zielbewusste Wirtschaftspolitik des Staates, die aus den schweren Fehlern des vergangenen Jahrzehntes gelernt hat.

Es handelt sich heute darum, national sowie international die Kräfte der Einsicht und der Vernunft, des klaren Willens und der Energie aufzurufen, um die politische Sturheit und Verarmtheit, die mit roher Gewalt in das feingliedrige Gewebe der wirtschaftlichen Beziehungen eingegriffen und den ganzen Apparat so gut wie zum Stillstand gebracht haben, zu überwinden. Trotzdem so die endgültige Überwindung der Weltkrise und damit auch des deutschen Weltkrisenanteils nur von dieser Seite her kommen kann, ist doch die vorherige Konsolidierung der wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands von entscheidender Bedeutung.

Dazu kommt, daß eine Neuregelung der Reparationen nur dann für uns erfolgreich werden kann, wenn unsere Wirtschaft in sich die Kraft hat, einen länger andauernden Verhandlungszeitraum ertragen zu können, wenn nicht, wie es bei den Young-Plan-Verhandlungen war, hinter dem Stuhl der Verhandlungsführer ständig das drohende Gespenst trister Katastrophen in der Heimat steht.

Voraussetzung für jede Belebung ist die Wiederherstellung der deutschen Konjunkturfähigkeit und die Ermöglichung einer rentablen Produktion. Für beides ist eine Selbstkostenreduzierung erforderlich. Die deutsche Industrie hat heute noch mit einer Zinsbelastung von 8 bis 12 Prozent und darüber zu rechnen, gegen eine Zinsbelastung der amerikanischen Industrie mit 4 bis 6 Prozent, der englischen Industrie mit 2 bis 4 Prozent. Es ist kaum denkbar, daß die deutsche Privatwirtschaft unter diesem hohen Zinsdruck einer Verjüngung von etwa 53 Milliarden Mark wieder zur vollen Arbeitsfähigkeit emporsteigen kann. Es wird auch hier notwendig sein, sobald wie möglich Konvertierungen durchzuführen. Wir müssen eben alle nach einer so schweren Krise, die das Gebäude unserer Wirtschaft bis in die Grundfesten erschüttert hat, einfacher leben und uns den Gürtel enger schnallen.

Dies gilt besonders auch für den Staat und den staatlichen Finanzbedarf. Abgesehen von den Verpflichtungen aus dem Young-Plan ist der öffentliche Finanzbedarf vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1929/30 von 7,2 auf 20,5 Milliarden Mark gestiegen, also um 185 Prozent. Die Aufbringung dieser schweren Steuerlast steht in unüberbrückbarem Gegensatz zu jeder Belebung der Wirtschaft. Es muß also noch viel mehr als bisher in Reich, Ländern und Kommunen aufs schärfste gespart und immer wieder gespart werden.

Eine weitere Erfahrungstatsache, die die Krise gelehrt hat, ergibt sich auf dem Gebiete der Lohngestaltung. Dem Einfluß der politischen Macht ist es gelungen, die Lohnfestsetzung aus der Bedingtheit wirtschaftlicher Tatsachen herauszulösen und in das starre System einer unabhängigen Tarifgestaltung zu pressen. Man hoffte mit diesem Panzergürtel die Lohnhöhe für alle Zeiten stabilisieren zu können. Man hat sie stabilisiert, aber auf Kosten eines Arbeitslosenheeres von fünf Millionen. Das Prinzip hat gesiegt

Völker sind untereinander viel zu sehr verbunden, als daß nicht der englischen Stimme die anderen folgen müßten. Die Lambeth-Rundgebung kann nur ein Anfang dazu sein, daß die gesamte evangelische Christenheit dem Abgleiten der Menschen von Sitten und Reinheit Halt gebietet und auf die von der Zeit neu gestellten Fragen eine Antwort gibt. So rufen wir den Deutschen Evangelischen Kirchenbund auf. Spricht Rom als Kirche Gottes, nun wohl, wir sind Kirche des Evangeliums unseres Herrn. Und diese Kirche begibt sich nicht des Lehramts in der evangelischen und der gesamten Welt. Sie hat Recht und Macht, nicht nur hinter verschlossenen Türen einen Beschluss gegen die Sittlichkeit der Sittenlosigkeit zu fassen, sondern göttliche Weisheit zu verkündigen und die selbstgewisse Führung zu übernehmen, damit Kirche und Volk von der ermattenden Auflösung aller heiligen Zucht genesen und der Schönheit eines sittlichen Lebens mit neuer Freude entgegengehe. Es ist vieles versäumt, es kann alles noch gewonnen werden. Es muß nur der Klang der heiligsten Liebe, die aus dem Herzen Gottes stammt, erklingen. Es muß ein großes Verstehen kommen, wie alles so geworden ist und eine unermüdliche Geduld, auch aus Trümmern neu zu bauen. Dann wird man auch Herzen finden, die geneigt sind, zu erleben, daß die unverbrüchliche Wahrheit Gottes und das Wort Jesu in der neuen Form neue Majestät gewinne. Es gibt heute einen fast unübersehbaren Reichtum von Schriften und Büchern, von Unterredungen, Statistiken und Darstellungen über das Gebiet des Geschlechtlichen. Der Segen und der Ernst und der göttliche Urgrund der Dinge ist in helles Licht getreten. Viele Organisationen stehen in der Arbeit, um der Zeit und ihrer heißen Bewegung den Puls zu fühlen, die Befunde der Wirklichkeit zu erheben und Lösungen der Freiheit zu finden, die Freude und Frieden bedeuten. Es gilt Zusammenfassung aller bisher gescheuten und Erarbeiteten auf einen Generalanruf, und es gilt dann, eine Stimme der Hoheit erklingen zu lassen und ein Stück ewiger Wahrheit über den Wogen der Zeit aufzurichten. Diese Stimme, dieses Wort hat die Evangelische Kirche — wenn sie will. Und wenn sie vorerst keine Lösung der schweren drängenden Fragen hätte, wenn sie nur die heilige Not sähe, wenn sie mit den Mühseligen und Beladenen hinabstiege in ihre Kammern und wenn sie sie mit barmherzigen Armen betend aufwärts trüge zu dem Gott aller Hilfe — es wäre genug. Arnold Waacke.

auf Kosten des Konjunkturverlaufs

Es kann nicht sein, wie es leider politische Konzeptionen zu treffen des Reichstags abweisen der ten. Gerade die unsere deutsche wieder auf gesu

Damit kommen nationalen Verschuldung erweitert sich und den gestiegenen und den wirtschaftlichen gegen die Wirtschaft als der der wirtschaftlichen neuen Auslösung Wirtschaften in deutschen Reparatur rein willkürlich Zahlungen und Schuldner wie

Konstante mit rede auf dem

Unter dem desohn trat im ehemaligen Reichsland, Reichsba heres und der Parlament große Anzahl

Präsidenten seiner deutschen Wirtschaft Aufgabe der für die Neuvergabe die Wirtschaft geschlagen, die ausgeföhren, Rei

ber dann das notwendig ein und außen. Kängler fort, Kängler vorber schwersten Op Begleiterischen Arbeitsgelegen gebracht.

Für das des Krieges wirtschaftskris dies eine Zeit werden darf, es auch ander richtigen gew

Die Ziel Programm v sie auch in Sie wird wei

mit ä und wird be Möglichkeit z ihre Abhäng fahrgenpunkte, Unternehm Staat in sei freihet hem oder unterli nisse entschei

Nei dies das den Zwei folger wendigkeit.

Die Wi befaßt wer hindert wir auch auf das Einkommens die Linie r hat und als kennt. Die werden zur deutschen D

Wenn f gesamt rund den sollen, seht der kriti ist. Es ist wachsen zu den, wenn Zustimmung deren Lande

Der S mußte sich b Abwehr der Wirtschaft m Landwirtschaft Neben eine sorgfältig notwendigig se auf den W kraft im In lasten auswi ertem. U folgerungen dolsabomme

der zu zu
ändern den
der Hoch-
umzuheben.
Pfundsamkeit
enden Bese-
Wagen und
im letzten
Schlag für
ziele be-
tes, die aus-
erzehltes ge-
sowie inter-
ernunft, des
um die hat
roher Ge-
schäftlichen
Apparat so
überwinden.
der Weltreise
eils nur von
te vorherige
gen Deutschen
g der Re-
reich werden
Kraft hat,
Zeitraum er-
den Young-
pl der Ver-
penst trisen
die Wieder-
zile und die
für beides
erforderlich.
einer Zins-
darüber zu
merikanischen
glichen In-
denbar, daß
hohen Zins-
den Markt
steigen kann.
wie möglich
Wir müssen
die das Ge-
ndfesten er-
den Gürtel
aat und den
en Verpflich-
fentliche Re-
he 1929/30
gen, also um
eren Steuer-
u jeder Be-
auf mehr als
auf schärfste
ie die Krise
der Lohn-
en Markt ist
Bedingtheit
und in das
gestaltung zu
ergürtel die
können. Man
Arbeitslosen
hat geliegt
erbunden, als
anderen folgen
nur ein An-
sche Christen-
tte und Reim-
neu gestellten
den Deut-
auf. Spricht
sind Kirche
n. Und diese
evangelischen
Macht, nicht
schluß gegen
sondern göt-
stgewisse Jäh-
Bolk von der
ht genes und
neuer Freuden-
es kann alles
er Klang der
es stammt, er-
immen, wie als
Geduld, auch
man auch Ge-
ah die unvert-
Jesu in der
bt heute einen
sten und Wü-
nd Darstellun-
Der Segen und
Dinge ist in
stehen in der
ung den Puls
u erheben und
de und Freude
disher Erziehu-
enner, und es
igen zu lassen
Bogen der Zeit
hat die Evan-
nn sie vorerst
Fragen hätte,
mit den Mäh-
re Klümmen-
en betend auf
wäre genug.
old Waabke.

auf Kosten des Lebens. Es ergibt sich die klare Folgerung, daß auch die Abgabe an das Auf und Ab des Konjunkturverlaufs angeglichen werden müssen.

Es kann nicht dringen genug davor gewarnt werden, wie es leider jetzt schon wieder versucht wird, durch politische Konzeptionen längst als falsch erkannte Maßnahmen zu treffen. Ich denke hier an die Beschlüsse des Reichstags auf dem Steuergebiet, die wegen Abwesenheit der rechten Opposition gestiftet worden konnten. Gerade die Eigenkapitalbildung ist für unsere deutsche Wirtschaft unerlässlich, wenn sie je wieder auf gesunden Füßen stehen will.

Damit kommen wir zum Problem der internationalen Verschuldung. Schon die private Verschuldung erweist sich international durch ihre hohen Zinssätze und den gegenseitigen Solwort als eine schwere Hemmung der wirtschaftlichen Belebung. Geradezu prohibitiv gegen eine Belebung wirkt sich aber die politische Verschuldung in der Welt aus. Diese kann als der eiserne Vorhang bezeichnet werden, der der wirtschaftlichen Freiheit in der Welt und einem neuen Aufblühen der niedergebrochenen nationalen Wirtschaften im Wege steht. Insbesondere bei den deutschen Reparationsleistungen handelt es sich um eine rein wirtschaftlich politisch erzwungene unerfüllbare Zahlungsverpflichtung. Sie müssen für den Schuldner wie für den Gläubiger ruhmlos wirken. Eine

Beruhigung der weltwirtschaftlichen Atmosphäre kann nur dann eintreten, wenn dieser eiserne Vorhang der politischen Schuldverpflichtungen aufgezogen wird.

Welche Zukunftsaufgaben ergeben sich für unsere Handelspolitik, die dem Export den Weg bahnen soll? Jetzt scheint sich eine neue hoffnungsvolle handelspolitische Entwicklung anzubahnen. Aus der Enge des nationalen Wirtschaftsraumes streben kräftige Industriezentren ebenso wie abflühende Agrarstaaten nach größeren internationalen Wirtschaftsräumen. Panamerika muß das wirtschaftliche PanEuropa folgen. Mit der deutsch-österreichischen Zollunion ist der erste Schritt in dieser Richtung getan. Durch dieses regionale Wirtschaftsabkommen kann das europäische Problem von der Südseite aus aufgelöst werden. Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf. Eine Konsolidierung und neue Mitte Europas kann nur von der geeigneten Linie aus erfolgen. Die Völker Mittel-Europas werden bald zu wählen haben, ob sie in vertrauensvoller wirtschaftlicher Zusammenarbeit ein neue Zukunft aufbauen wollen oder ob sie in ihrer Herrlichkeit eine willkommene Angriffsfläche wirtschaftlich und politisch fremden Mächten und fremden Mächten bieten wollen."

werden. Die Fürsorge für die Landarbeiter würde noch verbessert werden.

In der Abstimmung wurden dann das Zöllegesetz, die Vorlage über die Umgestaltung der Bank für Industrieobligationen und das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung in zweiter Lesung angenommen.

Ferner stimmte der Reichstag einer Anzahl Entschlüsse zu, darunter einer sozialdemokratischen Entschlüsse, die sich gegen den Abbau der Tarifhöhe für Landarbeiter wendete. Gegen die sofortige Vornahme der Schlichtung und Schlichtungserhöhung der Lohnmengen Widerspruch, so daß die Schlichtungserhöhung über die Zölle nunmehr Donnerstag stattfinden wird.

Das Gesetz gegen den Waffennutzen wurde in dritter Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Bei der dritten Beratung des Reichshaushaltsplans für 1931 wandte sich

Reichsfinanzminister Dietrich

nachmals gegen die Anträge auf Steuererhöhungen. Die Regierung müsse diese Steuererhöhungen ablehnen, weil dadurch die ganze Linie der Regierungspolitik zerstückt werde.

In den Abstimmungen zur dritten Lesung des Reichshaushaltsplans wurde zunächst ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning mit 284 gegen 65 Stimmen bei 15 Enthaltungen abgelehnt.

In Verbindung mit der Annahme des Finanzetat stimmte der Reichstag einer kommunistischen Entschlüsse auf Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für Konsumvereine und Warenhäuser zu, desgleichen einer Entschlüsse, wonach der Einzelverkauf von Nahrungsmitteln zugelassen werden soll. Beim Etat des Arbeitsministeriums wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der 5 Millionen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung aus der erhöhten Unfallversicherungsbeiträge den will.

Beim Marineetat wurden die kommunistischen Anträge auf Streichung des Ersatzhauplans, Verweigerung der vierten Rate für das Panzerschiff E und Streichung der ersten Rate für den Panzerkreuzer B mit großer Mehrheit abgelehnt. Für den Bau des Panzerkreuzers B sind dabei 176, dagegen 73 Stimmen abgegeben worden; Stimmenthaltung hatten 106 Abgeordnete geübt.

Wie in der zweiten Lesung, so stimmte auch diesmal der sozialdemokratische Abgeordnete Ströbel mit den sehr weit linksstehenden Abgeordneten für die kommunistischen Anträge, während sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion der Stimme enthielt.

Der Antrag der Mehrheitsparteien, der der Regierung Brüning die

Einsparungs-Ermächtigung

erteilt, wurde mit 290 gegen 65 kommunistische Stimmen angenommen.

Deutschland bleibt fest.

Zollunion mit Österreich wird vollendet. — Kanzlerrede auf dem Industrie- und Handelskongress. — Keine neuen Steuern.

— Berlin, 26. März.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Franz von Mendelssohn trat der Deutsche Industrie- und Handelskongress im ehemaligen Preussischen Herrenhaus zu seiner 51. Vollversammlung zusammen. Zu der Tagung hatten sich Reichskanzler Dr. Brüning, mehrere Reichsminister, Reichsbankpräsident Dr. Lohse, die Chefs der Seeres- und Marineleitung sowie zahlreiche Vertreter der Parlamente, der Länderregierungen und eine große Anzahl deutscher Wirtschaftsführer eingefunden.

Präsident Franz von Mendelssohn kam in seiner Eröffnungsansprache zu dem Ergebnis, daß die deutsche Wirtschaft ihren Höhepunkt erreicht hat. Aufgabe der Staatsführung sei es, Zeitpunkt und Weg für die Neuordnung der Reparationsfrage zu finden, habe die Wirtschaftsentwicklung doch eine Richtung eingeschlagen, die der beim Abschluß des Youngplans vorausgesehenen, stritte zuwiderlaufe.

Reichskanzler Dr. Brüning.

Der dann das Wort nahm, betonte zunächst die Notwendigkeit einer Festigung der Staatsmacht nach innen und außen. „Für die Reichsfinanzen“, so fuhr der Kanzler fort, „ist die Grundlage einer Ordnung geschaffen worden. Das Heer der Erwerbslosen ist, unter schweren Opfern zwar, aber doch ohne gefährliche Begleiterscheinungen in hoffnungsvoller und wohl an Arbeitsgelegenheiten etwas reicheren Monate hindurchgebracht.“

Für das deutsche Volk, das nach den Verlusten des Krieges und der Nachkriegszeit unter der Weltwirtschaftskrise weit mehr leidet als alle anderen, ist dies eine Leistung, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, und die der Hoffnung berechtigt, daß es auch anderen unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten gewachsen sein wird.

Die Ziele, die sich die Reichsregierung in ihrem Programm vom 16. Oktober 1930 gesetzt hat, wird sie auch in Zukunft mit aller Tatkraft weiter verfolgen. Sie wird weiter

mit äußerster Sparsamkeit wirtschaften

und wird bestrebt sein, die Privatkapitalbildung nach Möglichkeit zu fördern. Die Blutleere der Wirtschaft, ihre Abhängigkeit von ausländischem Gelde sind Gefahrenpunkte, die nicht nur die Wirtschaft und ihre Unternehmungen, sondern in erster Linie auch den Staat in seiner Existenz gefährden, seine Handlungsfreiheit hemmen und damit Maßnahmen erschweren oder unterbinden, die für die Besserung der Verhältnisse entscheidend sein können.

Reichtum ist Macht! Mehr als je empfindet dies das deutsche Volk in seiner Armut und Schwäche. Zwei Folgerungen ergeben sich mit zwingender Notwendigkeit.

Die Wirtschaft darf nicht weiter mit neuen Steuern belastet werden, durch welche die Kapitalbildung gehindert wird. Deshalb muß sich die Reichsregierung auch auf das entschiedenste gegen Forderungen auf neue Einkommensbesteuerung aussprechen. Sie würde sonst die Linie verlassen, die einzuhalten sie versprochen hat und als eine dringende Staatsnotwendigkeit erkannt. Die Kraft des Staates muß weiter eingesetzt werden zur Erhaltung der Landwirtschaft und des deutschen Kleins.

Wenn für den Osten trotz der finanziellen Mühe insgesamt rund eine Milliarde Reichsmark bereitgestellt werden sollen, so geschieht es in der Erkenntnis, daß der Osten jetzt der kritische Gefahrenpunkt für die Existenz des Staates ist. Es ist erhellend, diese Erkenntnis in allen Kreisen wachsen zu sehen. Dagegen kann es nicht verstanden werden, wenn Vertreter des Ostens dem Rettungswert ihre Zustimmung verweigern und damit die Gutwilligkeit der anderen Bundesstellen einer harten Belastungsprobe aussetzen.

Der Kampf für die Erhaltung der Landwirtschaft mußte sich beim Zusammenbruch der Getreidemärkte auf die Abwehr der Gefahren richten. Auch in der Veredelungswirtschaft muß das Nützlichste geschaffen werden, um der Landwirtschaft das Existenzminimum zu sichern.

Neben der Pflege des inneren Marktes wird aber stets eine sorgfältige Förderung der Ausfuhr deutscher Waren notwendig sein. Der Überfluß deutscher Produktion drängt auf den Weltmarkt — um so mehr je härter die Kaufkraft im Innern sinkt und je schwerer sich die Reparationslasten auswirken. Es ist notwendig, daß das Ausland dies erkennt. Aber noch immer vermag es nicht die nötigen Zugeständnisse zu machen. Die Ablehnung des Senf-Sanktionsabkommens wird kaum anders gedeutet werden können.

Tributerfüllung bedingt Ausfuhrsteigerung.

Die Vorbereitungen Deutschlands mit Reparationen muß eine Sonderstellung auch auf handelspolitischem Gebiete rechtfertigen. Denn die Zusammenarbeit mit den Völkern zur Erfüllung des neuen Planes bedeutet entsprechende Steigerung der deutschen Ausfuhr, also Aufnahme deutscher Waren in den anderen Ländern weit über das bisherige Maß hinaus. Sie bedeutet auch Drosselung der deutschen Einfuhr, denn ohne ihre Verminderung ist ein entsprechender Ausfuhrüberschuß nicht möglich.

Da die Erkenntnis der Zusammenhänge in der Welt nur langsam vorwärts schreitet, und da von der Erkenntnis zur Tat der Weg sehr weit ist, muß die Regierung durch eigene Maßnahmen die Entwicklungen anbahnen, die im Bereiche des möglichen liegen.

In dieser Linie liegen auch die Verhandlungen, die jetzt zwischen

Deutschland und Österreich

eingeleitet worden sind.

Deutschland und Österreich konnten sich um so leichter verständigen, diesen Gedanken zu verwirklichen, als sie dabei durch keinerlei Gegenstand ihrer Interessen behindert werden. Die vorläufigen Richtlinien sind ihrem Inhalt und ihrem Zweck nach einfach und klar. Sie sind von keinen politischen Hintergedanken, sondern allein von dem Bestreben diktiert, der Wirtschaft beider Länder im Rahmen der geltenden Verträge mit größtmöglicher Schnelligkeit diejenigen Vorteile zu verschaffen, die sich aus der Erweiterung des Wirtschaftsgebietes ergeben. Aber diese Vorteile, zu deren Sicherung beide Regierungen das Recht und deshalb heute mehr als je auch die Pflicht haben, brauchen mit den Interessen anderer Staaten in keiner Weise in Widerspruch zu stehen.

Das von den beiden Regierungen in ihr Abkommen aufgenommene Angebot, auch mit dritten Staaten auf deren Wunsch in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung einzutreten, kann, wenn es unbeeinträchtigt und nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt wird, den Anstoß zu einer Entwicklung geben, die sich im europäischen Gesamtinteresse als äußerst heilsam erweisen würde.

Ich habe deshalb die Überzeugung, daß die europäische Öffentlichkeit und auch die europäischen Regierungen, wenn sie das deutsch-österreichische Abkommen in seinen Einzelheiten prüfen, die ihm zugrundeliegenden Absichten würdigen werden, und daß dann auch Mißverständnisse verschwinden, wie sie anlässlich auf die ersten Nachrichten der Presse hin hier und da entstanden sind. Deutschland und Österreich sind jedenfalls entschlossen, den Weg, den sie in ihrem eigenen Interesse und im Gesamtinteresse als richtig erkannt haben, mit ruhiger Festigkeit zu Ende zu gehen."

Der Schluß der Kanzlerrede bildete einen Appell an die Gesamtheit der Berufsstände und Volksschichten zur verständnisvollen Zusammenarbeit und zur Opferbereitschaft. Die Wirtschaft müsse genau berechnen, aber sie dürfe bei ihren Maßnahmen auch nicht das Ganze aus den Augen lassen und ferner müsse sie Beweglichkeit zeigen.

Nach dem Reichskanzler sprachen der Präsident der Breslauer Handelskammer Dr. Grund über die Aufgaben der Finanzpolitik und Dr. Mülert über die Entwicklung der Gemeindefinanzen.

Schlusssatz im Reichstag.

Zölle in zweiter Lesung angenommen. — Waffengesetz verabschiedet. — Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrags.

— Berlin, den 25. März 1931.

Der Reichstag führte am Mittwoch zunächst die zweite Lesung des Zöllegesetzes zu Ende und erledigte danach auch das Gesetz gegen den Waffennutzen in dritter Lesung. Im Verlauf der Debatte über das Zöllegesetz bewies Abg. Sandorfer auf die vergebliche Stimmung der bayerischen Diktatur. Abg. Bauer vom Landvolk führte aus, in der vorliegenden Form sei das Zöllegesetz eine Enttäuschung. Abg. Graf Westphal (Köln) erklärte, für das Zöllegesetz werde die Geschichte ein Denkmal absetzen und dabei werde ein heiliges Grabstein des Mannes, der wie einst als Feldherr, so jetzt als Staatsmann Österreich gerettet habe, der Name Hindenburg.

Reichsminister Trevelyan betonte in seinem Schlußwort, in den Jahren 1931 bis 1933 würden alles in allem etwa zwei Milliarden Mark für den Osten aufzuwenden

Völkerbund soll Stellung nehmen

Nebereinkommen Briands mit Henderson. — Bericht an die Kammerauschüsse.

Briand hatte mehrere Besprechungen mit dem in Paris weilenden englischen Außenminister Henderson über die deutsch-österreichische Zollunion. Nach Abschluß der Besprechungen veröffentlichte die englische Botschaft in Paris folgendes Communiqué:

Der französische und der englische Außenminister haben über die Lage beraten, die durch den Plan eines deutsch-österreichischen Zollabkommens geschaffen worden ist. Henderson setzte Briand davon in Kenntnis, daß er die Aufmerksamkeit der deutschen und österreichischen Regierung auf die Beunruhigung gelenkt habe, die vielerorts wegen der Vereinbarkeit des geplanten Vertrages mit den bestehenden Verpflichtungen verspürt worden sei. Henderson hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß, bevor diese Regierungen die Verhandlungen über den Plan einer Zollunion fortsetzen, dem Völkerbundsrat, unter dessen Aufsicht das Protokoll von 1922 aufzuheben ist, Gelegenheit gegeben werde, sich selbst in der Waisung davon zu überzeugen, daß die fraglichen Vorschläge nicht den Verpflichtungen, die dieses Protokoll Österreich auferlegt, zuwiderlaufen.

Ferner empfing Briand die Vorsitzenden der auswärtigen Ausschüsse der französischen Kammer und des Senats, die er über die noch vor Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Protokolls „schleunigst“ vom ihm erlassenen Maßnahmen, um die Regierungen in

Berlin und Wien an die „Kriegsleitung der deutschen Verträge zu erinnern“.

Nach diesem Communiqué sind sich also England und Frankreich darin einig, dem Völkerbundsrat anlässlich seiner Wirttagung Gelegenheit zu geben, sich selbst von der Harmlosigkeit des österreichisch-deutschen Vertrags zu überzeugen. Man darf nicht verkennen, daß England damit einen gewissen Erfolg erzielt hat. Andererseits hat Henderson Briand gegenüber aber nicht soweit nachgegeben, daß er einem gemeinsamen Schritt der Mächte mit dem Ziel der Annullierung des österreichisch-deutschen Vertrags seine Zustimmung erteilt. Diese Sabotageaktion, wie sie insbesondere auch von dem tschechischen Außenminister Beneš betrieben wurde, ist damit gescheitert!

Englands Botschafter beim Kanzler.

— Berlin, 26. März.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing den englischen Botschafter in Berlin, der ihm mitteilte, daß Henderson es im allgemeinen Interesse für erwünscht halte, wenn der österreichisch-deutsche Zollvertrag im Hinblick auf das Garantiekommuniqué vom Oktober 1922 allgemein bekräftigt werde und daß Österreich und Deutschland bis zur Stellungnahme des Völkerbundsrates nicht bindende Beschlüsse fassen würden. Reichskanzler Dr. Brüning wies darauf hin, daß die österreichisch-deutschen Vereinbarungen sich ganz im Rahmen des Wiener Protokolls halten und somit für den Völkerbundsrat kein Anlaß gegeben ist, sich mit dem Abkommen zu befassen. Wenn von anderen Regierungen eine Prüfung des Abkommens angefordert werde, so brauchte Deutschland und Österreich diese Prüfung nicht zu scheuen. Eine Prüfung des Abkommens durch den Völkerbund unter politischen Gesichtspunkten betrachte die Reichsregierung als ausgeschlossen.

Reichskanzler Dr. Brüning erläuterte dann noch die Ziele des österreichisch-deutschen Abkommens und betonte dabei, daß die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien selbstverständlich fortgesetzt werden; ihr Abschluß sei in einigen Monaten zu erwarten.

Verbilligte Gesellschaftsreisen.

Tagung des Verwaltungsrates der Reichsbahn. — Die Frage des Wettbewerbs.

— Berlin, 26. März.

Die Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft, der in Berlin tagte, nahm davon Kenntnis, daß sich die schlechte Einnahmenentwicklung in den ersten beiden Monaten des Jahres 1931 fortgesetzt hat, so daß die Ausgaben in diesen beiden Monaten die Einnahmen um 100 Millionen Mark übertreffen. Der Verwaltungsrat erblickt darin eine Folge der allgemeinen Wirtschaftslage, zum andern aber auch eine Folge der ungeregelten Verhältnisse im Wettbewerb der Verkehrsmittel.

Die verläutet, krebt der Verwaltungsrat eine gesetzliche Ordnung des Verhältnisses der Verkehrs-mittel an.

Von sich aus hat die Reichsbahn als einen Schritt zur Hebung des Bahnverkehrs die Gesellschafts- und Ferienfahrten erneut wesentlich verbilligt. Am 1. Mai werden bei Gesellschaftsfahrten die Tarife bei 15 bis 50 Teilnehmern um 25 Prozent und bei mehr als 50 Personen um 33 1/2 Prozent ermäßigt; ferner werden bei 31 bis 50 Teilnehmern eine Freifahrt, bei über 50 Teilnehmern zwei Freifahrten, bei über 100 Teilnehmern drei Freifahrten gewährt.

Auf Feriensonderzüge wird eine Ermäßigung von 20 statt bisher 10 Prozent gewährt. Für Jugendpfergefahrrten sollen in Zukunft auch Schnellzüge unter den gleichen Bedingungen wie für Schulfahrten freigegeben werden.

Verhandlungen über Schenker-Vertrag.

Die verläutet, werden die Verhandlungen über den heftig umstrittenen Schenker-Vertrag in diesen Tagen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der Reichsbahn aufgenommen werden. Zunächst steht eine Konferenz der Regierung mit der Reichsbahn und den Spitzenvertretern des Speditionsgewerbes bevor.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Empfehlenswerte Beihilfen an Konfirmanden.

„Er redete mit uns auf dem Wege“ von Inspektor Dr. Kretzschmar. Anker-Verlag in Bremen. 71 Seiten kart. 80 Pf., Leinen 1,50 RM., zweite Auflage. In der Form eines Wegweisers für den Lebensweg zeigt der Verfasser in anschaulicher, lebendiger Weise den Konfirmanden den rechten Weg, den Führer, Abwege, Hilfsstationen, Wegzeichen.

Wie reist man in Italien? Ein Buch zum Lust- und Planmachen. Von Professor Dr. Karl Rinzel. Führer durch Florenz, Rom, Neapel, Sizilien, Genua, Mailand, Venedig, die Riviera und die kleineren Städte. 1931. 8. ganz neu bearbeitete Auflage. Mit einer Karte und 16 Plänen. Verlag Friedrich Bahn in Schwerin in Mecklenburg. Bieglam in Ganzleimwandband 7,— RM.

Wer heute zum Vergnügen nach Italien reist und in 4 bis 6 Wochen das Wichtigste von diesem Lande der Sehnsucht, von seiner herrlichen Natur und seinen großartigen Kunstschätzen kennenlernen will, der nimmt sich, wenn er praktisch ist, nicht eine große Landesaufnahme mit, in der die Fülle der Mitteilungen und die Unzahl der aufgezählten Gasthöfe verwirrend wirkt. Er vertraut sich dem kleinen Führer von Rinzel an.

Da ist Rat, Ueberblick und Auswahl zu finden. Da erfährt man alles, was nötig ist, über Eisenbahn und Fahr-

harten, über wenige erprobte Gaststätten, und was sich besonders bewährt hat: der Reisende erhält in jeder Stadt ein sorgfältig zusammengestelltes Programm, in dem die Sehenswürdigkeiten geordnet sind, die man an einem jeden Tage besuchen kann. In diesen genau berechneten Dispositionen liegt der Hauptwert des Buches, dem auch die nötigen Ausdrücke und Wendungen in italienischer Sprache angehängt sind.

Die erheblich geänderten und größtenteils stark gebildeten Verhältnisse des Fremdenverkehrs sind hier auf Grund einer längeren Studienreise bestens verarbeitet und in das Buch hineingearbeitet. Das ist der besondere Vorzug dieses Neudruckes.

Rinzel weist auch nach, daß es auf materielle Mittel nicht so ankommt, wie zumeist angenommen wird. Jeder, der Lust hat, wenn auch nicht viel Zeit und nur einen schmalen Geldbeutel, kommt auf seine Rechnung. Nur Stimmung und künstlerische Empfänglichkeit darf nicht fehlen.

Das Buch verdient die wärmste Aufnahme, es hebt den Reisenden aller Unsicherheit, es gewährt ihm heiteren Herzens den Genuß der unvergleichlich schönen Reisen.

Das Werk der Inneren Mission.

Der Zentralkauschlag f. Innere Mission hat ein Flugblatt herausgegeben „Das Werk der Inneren Mission“. Dieses Blatt soll eine Kenntnis der Inneren Mission in weitesten Kreisen vermitteln. Vor allem ist gedacht, es im Religionsunterricht und in den Konfirmandenstunden zu verwenden, sowie es in den Gemeinden bei Versammlungen und sonstigen geeigneten Gelegenheiten zur Verteilung zu bringen. Das Flugblatt ist durch die Landes- und Provinzialverbände der Inneren Mission zu beziehen.

Lichter am Wege von J. Jäger. Neue Auflage im Verlag Walter Deppert in Weiringen, kart. einzeln 85 Cts., in Partien Stück 65 Cts. Frisch und lebendig werden hier Themen wie „Gott lebt“, „Treu in der Pflicht“, „Der Nächste“, „Wenn du es schwer hast“ u. a. mit Aussprüchen großer Männer und kleinen Geschickten behandelt und in einigen Bibelsprüchen zusammengefaßt. So ist aller lehrhafte Ton vermieden und das Heft, das das 17. Tausend erlebt hat, recht für junge Menschen geeignet.

Bethel.

— Am Freitag, den 27. März, 18 Uhr findet in Libras eine Mitgliederversammlung des Tennisvereins „Osning“ statt. Diejenigen, welche in den Verein eintreten wollen, werden gebeten, an der Versammlung teilzunehmen.

Schriftleitung: B. Kraus; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Aus seinem reichen Leben, voll unermüdlichen Schaffens, rief Gott heute abend 7 Uhr nach kurzem aber schwerem, in großer Geduld ertragenem Leiden meinen geliebten Mann, unseren unvergesslichen, herzenguten Vater und Großvater, Schwager und Onkel,

Oberlehrer i. R.

Bruno Röthig

Pl. 119. 64

Kantor an St. Johannis,

Gründer und Leiter des Soloquartetts für Kirchengesang-Leipzig in seinem 72. Lebensjahre heim in die lichte Ewigkeit.

In tiefer Trauer, doch reich getröstet:

Klara Röthig, geb. Selbig

Dr. med. Walter Röthig u. Frau

Bertrud, geb. Brunnerloh

Dr. Kurt Taut und Frau

Elisabeth, geb. Röthig

Hans Hermann Röthig

Eva-Renate u. Gabriele Taut

im Namen aller Hinterbliebenen.

Leipzig, 24. März 1931, Kaiser-Wilhelmstr. 19.

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, 28. März, vormittags 11 Uhr in der Johannis-Kirche mit anschließender Beerdigung auf dem Südfriedhofe statt.

Meiner verehrten Kundschaft zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich mein Geschäft von Gütersloherstr. 64 nach

Gütersloherstraße 39a

(Bö thelecke) verlegt hab.

Ruf 3151

Ruf 3151

Blumenhaus

Klara Hanswille, Bielefeld

vormalis Schildmann.

Kloster Drübeck am Harz

evangelisches Erholungsheim. Bahnlinie zwischen Wernigerode und Ilmenau, in herrlicher Lage, nimmt bei Winter und Sommer geöffnetem Hause zahlr. Gäste zum Tagespreis von 4 Mk. bei voller Verpflegung auf. Anfr. erb. an Abtiffin Gräfin Stolberg.

Der schönste und modernste

Blumenschmuck

für Veranda, Balkon und Fenster-

bretter sind unstreitig meine

echten oberbayerischen

Gebirgs-Hängengelken

Versand überallhin. Illustrierte

Preisliste gratis und franko.

A. Gnadt, Versandgärtnerei,

Trudering 461 (Oberbayern)

Freitag, den 27. März

Kostprobetag

Sonnabend, den 28. März

Vegetarischer Kochkurs

Leiterin: Frä. von Hermann

Reformhaus Eden

Neufährterstraße 8.

Suche für meinen Sohn, evgl., welcher jetzt seine Lehrzeit im Bäcker- und Konditorhandwerk beendet hat,

Stellung

Nehme Sohn eines Kollegen oder jungen Gehilfen in Tausch. Der Austausch kann jederzeit erfolgen.

Feinbäckerei und Café Baumann,

Jerlhorn-Wernigerode. Tel. 1432.

Bad Berka. In kleinem Erholungs-

heim finden

3-4 junge Mädchen

Aufnahme zur Erlernung der Küche,

des Haushalts, anfertigen v. Wäsche

u. Kleidern, Handarbeiten. Pensi-

onspreis 60 Mk. monatl. Ebenso fin-

den junge Mädchen u. Kinder guten

Erholungsaufenthalt

für kürzere u. längere Zeit bei maß.

Preis. C. Rost, Klosterberg 59a.

Erstlings-Artikel



Wäschehaus

A. Hinz, Bielefeld

Obernstraße 32

ärztl. empfohlen

Pastor Felkes

Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden

ganz hervorragend. Erhältlich in

den Apotheken, wo nicht, direkte

Zusendung ohne Preisauflage

franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50

d. Fl.) durch die allein berechtigte

Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg

Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Leipzig

Christl. bevorzugte Pension.

Familienanschluß, gepflegter

Haushalt. Günstigste Zentr-

trallage, Parknähe, behag-

liche Heimstätte für Interes-

santen. Offert. unter A 1555

an die Geschäftsstelle d. Bl.

Hier sind meine Vorschläge für Ihren Osterkauf

Preise wie selten zuvor... Qualitäten wie immer geführt... und eine Auswahl, wie sie nicht grösser und vielseitiger gewünscht werden kann.

Herren-Frühjahrs-Anzüge

in den neuesten Farbönen und moderechten Formen, ein- und zweireihig in bekannt guter Verarbeitung

Mk. 28.- 38.- 58.- 78.- und höher

Herren Frühjahrs-Mäntel

bewährte imprägnierte Stoffe in blau, hell sand und grauen Farbönen, ganz auf K'seide gefüttert, bequeme Raglanformen, mit oder ohne Rundgurt

Mk. 39.- 48.- 58.- 68.- und höher

Blaue Herren-Anzüge

ein Kleidungsstück, was keinem Herrn fehlen darf. — Ich führe nur echtfarbige u. langjährig erprobte reinwollene Stamm- Qualitäten

Mk. 38.- 48.- 58.- 68.- und höher

Herren Sport-Anzüge

Die große Mode „Frühjahr 1931“ in überaus vielseitiger Auswahl der modernsten Formen und aparten praktischen Sportstoffen, mit langer Breeches oder Golphose

Mk. 28.- 38.- 48.- 58.- und höher

und in derselben Preiswürdigkeit

Herren-Slip-Mäntel, Trenchcoats,

Lodenmäntel, Sport- und Golphosen

Knaben-Anzüge, Knaben-Mäntel, Hosen etc.

Kreplin

Bielefeld, Obernstraße 17

Palmsonntag geöffnet von 12 bis 6 Uhr.